

Bericht über die 6. Club-Forums-Konferenz
in Saratow vom 20. bis 24. Mai 1999

Joachim Fabis

Zu dem diesjährigen Frühjahrstreffen des Club-Forums fanden sich 35 Teilnehmer im wunderschönen Saratow ein. Diese hohe Teilnehmerzahl ließ die Skeptiker des letztjährigen Herbsttreffens in Leipzig verstummen und kann als Bestätigung für die hervorragende inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Treffens gesehen werden. Dank des großen Engagement von Bosch-Saratow, vor allem vertreten durch Georg Schneider, der tatkräftig von einem Team aus Club-Mitgliedern unterstützt wurde, ließ auch der Programmablauf nichts zu wünschen übrig. Schon nach kurzer Zeit entwickelte sich eine angenehme Arbeitsatmosphäre, die über den gesamten Zeitraum des Treffens erhalten blieb. Unser Tagungsort, das direkt an der Wolga gelegene Hotel Slowakija, bot alle Voraussetzungen für ein gutes Gelingen des Treffens.

Daß die defizitäre wirtschaftliche Lage in Rußland nicht alle Wirtschaftsbereiche erfaßt hat, konnte uns Ulf Backmeyer in seinem Vortrag über die „Entwicklung des Telekommunikationsmarktes in der Russischen Föderation“ darlegen. In diesem Marktsegment werden auch zur Zeit Gewinne erzielt, bei weiterhin guten bis sehr guten Prognosen für die Zukunft. Diese positive Einschätzung fußt auf folgenden Aspekten.

Erstens hat die Telekommunikation eine fundamentale Bedeutung im wirtschaftlichen und politischen Bereiche. „Ohne Telekommunikation läuft gar nichts“. Zweitens besteht in der RF ein enormer Bedarf an Telekommunikationseinrichtungen im klassischen Bereich des Telefons. Während in Deutschland jeder zweite Einwohner einen Telefonanschluß besitzt (quasi jeder Haushalt), steht in der RF lediglich jedem Fünften ein eigener Telefonanschluß zur Verfügung. Auch im Bereich der Mobiltelefone ist das Marktpotential deutlich größer als in Deutschland. In der RF benutzen bisher nur 0,5 % der Bevölkerung ein Mobiltelefon (800.000 Geräte) wohingegen in Deutschland 19 % der Einwohner per Handy telefonieren. Der dritte Aspekt ist der sowohl inländisch als auch global zunehmende Umfang des Datentransfers. Immer mehr Daten müssen immer schneller transferiert werden. Allein in der RF wächst der Datenverkehr jährlich um den Faktor 2. Der Bedarf an Transferkapazitäten steigt somit stetig. Laut Ulf wird zur Zeit die Transferkapazität maßgeblich durch die angebotenen Quantitäten und Qualitäten der Transferleitungen bestimmt. Dies kann sich aber in Zukunft durch die rapide Entwicklung satellitengestützter Übertragungskapazitäten schnell ändern. Das russische Festnetz läßt sich in zwei Segmente unterteilen. Die nationalen und internationalen Verbindungen, in diesem Segment hat Rostelekom quasi eine Monopolstellung, und den intraregionalen Bereich. Dieser wird durch 84 regionale Betreiber abgedeckt, die sich den Zugang zu den überregionalen Verbindungen bei Rostelekom vertraglich gesichert haben. Bei fast allen regionalen Betreibern hält Sviazinvest eine 51 %-ige Beteiligung. Dies bedeutet, daß der Telekommunikationsmarkt in Rußland zur Zeit von den zwei genannten Unternehmen bestimmt wird, was die Entwicklungsmöglichkeiten der Deutschen Telekom auf dem Russischen Markt entsprechend einschränkt. Letztere setzt neben

diversen Joint Ventures im klassischen Telefonmarkt auf die starken Entwicklungen im Bereich Mobilfunk und Internet. Bei dem prognostizierten Potential wird es spannend zu beobachten, wie sich dieser Markt entwickeln wird und wie sich die Deutsche Telekom auf diesem Markt positionieren kann.

Einen Einblick in die Abläufe und Probleme eines produzierenden Unternehmens, das sich in den Produktionsabläufen und der Qualität der Produkte an westlichen Maßstäben orientiert, haben wir bei unserer **Betriebsbesichtigung bei der Zündkerzenfabrik OAO ZAZS**, einem Joint Venture von Bosch Saratow in Engels, erhalten. Neben der organisatorischen und technischen Seite, hinterließ vor allem das Betriebsklima im Werk einen positiven Eindruck bei den Konferenzteilnehmern. Es war zu spüren, daß die Mitarbeiter sich an Ihrem Arbeitsplatz wohl fühlen und eine angenehme Arbeitsatmosphäre in den Werkhallen herrscht.

In einem Vortrag stellte uns der Geschäftsführer der OAO ZAZS, Herr Peter Hamm, das Unternehmen vor. Gegründet wurde ZAZS im Jahre 1941. Damals wurde unter anderem Isoliermaterial für Telefonkabel hergestellt. In den 60-er Jahren wurde die Produktion auf die Herstellung von Zündkerzen umgestellt (max. 48 Mio. Stück p.A.). 1991 fand der erste Kontakt mit der Bosch AG statt. 1996 genehmigten die Behörden den Erwerb von 76 % der Aktien von OAO ZAZS durch die Bosch AG. Zur Zeit hat das Unternehmen 1800 Mitarbeiter, die laut Plan im Jahre 1999 40 Mio. Zündkerzen produzieren werden. Die Fabrik unterhält eine eigene Akademie, die 18 verschiedene Kurse anbietet. Die aktuelle Teilnehmerzahl beläuft sich auf 1200 Mitarbeiter, da ein Besuch der Akademie für jeden Mitarbeiter Pflicht ist. Stolz ist Herr Hamm neben der Mitarbeiterschulung auf das Qualitätsmanagement (QM), aufgrundessen ZAZS zum „besten“ Lieferanten des Automobilwerkes „AvtoVAZ“ avancierte. Bei ZAZS kommen auf 1 Mio. produzierte Zündkerzen ca. 50 fehlerhafte. Angestrebt wird aber der Bosch-internen Standard von maximal einer fehlerhaften Zündkerze auf 1 Million. Intern konnten durch das QM die Materialkosten von 56% auf 34% gesenkt werden. Die daraus resultierenden Einsparungen wurden im Zuge von Lohnerhöhungen partiell an die Mitarbeiter weitergegeben. Auf diese Weise ist jedem Mitarbeiter der Zusammenhang zwischen seiner eigenen Leistung und seinem Einkommen bewußt geworden. Andererseits werden auch Lohnabzüge durchgeführt, wenn die Qualität der Produkte sinkt (höherer Ausschuß). Die Löhne sind mit 1.600 Rubel relativ hoch. Der Absatz der Zündkerzen läuft in Rußland ausschließlich über Bosch Moskau, in den übrigen Teilen Osteuropas über freie Händler. D.h. ZAZS hat kein eigenes Vertriebsnetz und ist folgerichtig stark an Bosch gebunden. Womit Herr Hamm auf das Verhältnis zu Bosch zu sprechen kam. Durch die unterschiedlichen Positionen innerhalb des Joint Ventures (siehe Aktienanteil oben) und Werdegänge der beiden Unternehmen waren Spannung vorausprogrammiert. So wünschte sich Herr Hamm einerseits mehr Eigenständigkeit, forderte aber auf der anderen Seite mehr investives Engagement der Bosch AG. Letztere wiederum geht sehr zurückhaltend an neue Investitionen heran. Was Herr Hamm zum einen auf die allgemeinen Rahmenbedingungen zum anderen auf das Investment in ein Werk zur Produktion von Diesel-Einspritzpumpen zurückführte. Dieses Werk konnte die gefertigten Pumpen nicht absetzen und erwirtschaftete keinen Gewinn, also wurde die Produktion gestoppt. Herr Hamm gab zu bedenken, daß langfristige Investitionen ein gewisses Durchhaltevermögen in schwierigen Zeiten erfordert. Die anschließende Diskussion drehte sich vor allem um die Beziehung zwischen Bosch und ZAZS, die aus den o.g. Gründen nicht ganz spannungsfrei ist. Die souveräne Argumentation sowohl von Herrn Hamm als auch von Herrn Zimmermann (BOSCH) verdeutlichte jedoch, daß beide Seiten den konstruktiven Dialog miteinander schon längere Zeit betreiben.

Am Samstagmorgen stellte uns Herr **Fateev**, der erste Stellv. Minister der Außenwirtschaft, **„Den Saratower Oblast im Gefüge der Russischen Föderation - Internationale und außenwirtschaftliche Beziehungen“** vor. Der Oblast Saratow hat insgesamt 2.7 Mio. Einwohner, die sich aus 11 Nationalitäten zusammensetzen. 2% der Einwohner sind Wolga-Deutsche. Die Größe des Oblasts entspricht der gemeinsamen Fläche von Belgien, der Schweiz und Albanien. Bis 1991 war Saratow eine „geschlossene“ Stadt. Im primären Sektor liegt der Schwerpunkt auf der Exploitation von Gas und Öl. Der industrielle Sektor fußt auf dem Maschinenbau, der Chemie sowie der Produktion von Möbeln, Glas und Flugzeugen (YAK 42) und Mähreschern der amerikanischen Firma „CASE“. Zur Zeit existieren 250 Joint Ventures in Saratow. Als Besonderheiten stellte Herr Fateev heraus, daß Saratow das erste Gebiet war, indem Einheimische Grundeigentum erwerben konnten und dies für Ausländer ab Ende 1999 möglich werden soll (Ausländer bisher Pacht bis 49 Jahre). Außerdem sitzt, laut Herrn Fateev, in der Gebietsduma kein einziger Vertreter der Kommunistischen Partei im Gegensatz zu allen anderen russischen Gebietsparlamenten.

Einen historischen Abriß über die Ex-Bundeshauptstadt von der Entscheidung für Bonn und gegen Frankfurt im Jahre 1949 bis zur Aberkennung des Titels „Bundeshauptstadt“ lieferte **Sebastian Welter** in seinem Vortrag **„Vom Hauptstadtprovisorium zur Geisterstadt? - Der Regierungsumzug und die Zukunftsängste einer kleinen Stadt am Rhein“**. Entscheidend für den Standort Bonn war wohl neben dem Anspruch der britischen Besatzer, das die vorläufige Hauptstadt in ihrem Sektor liegen sollte, daß machtpolitische Kalkül Adenauers. Dieser favorisierte Bonn, da er die Bundesbehörden und die Regierung in einer kleinen Stadt ansiedeln wollte, welche sich nur wenig gegen die lokalen Interessen des Bundes wehren kann. Dies kam dann auch so. Die Stadt vergrößerte sich zwar von 90 Tsd. Einwohnern zu Ende des 2. Weltkrieges auf 300 Tsd. Einwohner heute. Aber die starke Einflußnahme des Bundes auf die Stadtentwicklung hat dazu geführt, daß Bonn trotz einer hervorragenden infrastrukturellen Ausstattung (hohe Autobahndichte) das Flair einer provinziellen Mittelstadt ausstrahlt. Dies resultiert aus der strikten Trennung der Lebensfunktionen Arbeiten, Wohnen und Studieren, die einen Austausch zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen stark beeinträchtigte. Auch kulturell fand nahezu keine Assimilation in Bonn statt. Kontrastiert wird diese Situation durch die Baumentalität, die auf dem Motto „Darf es ein Stück mehr sein“ basiert. Macht Bonn dadurch den Eindruck, daß es vom Flair und Geist der Stadt her noch in die großen Schuhe hineinwachsen muß, die durch die Bundesbehörden baulich manifestiert wurden, so sind gerade die Ergebnisse dieser überdimensionierten baulichen Tätigkeit das Potential der Stadt für die Zukunft. Mit dem Wegzug der Regierung werden netto ca. 6.500 Arbeitsplätze wegfallen. Die Ansiedlung und Expansion allein der Telekom in Bonn dürfte jedoch 15.000 Arbeitsplätze in Bonn sicherstellen. Gerade für Dienstleistungsunternehmen hat Bonn durch seine sehr gute Infrastruktur enorme Standortvorteile (Verkehrsanbindung, Büroräume, Kommunikationseinrichtungen etc.). So werden auch andere ehemalige Bundesunternehmen der Telekom nach Bonn folgen. Die Stadtregierung scheint die Chance zum Wandel zu nutzen und baut auf die Säulen Wissenschaft, Kultur und Dienstleistungsunternehmen. Hinzu kommt, daß die Bonner Bevölkerung überdurchschnittlich gebildet ist und die Einkommen deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen. Ein weiterer Wettbewerbsvorteil für Bonn. Ergänzend zu dem geschilderten Potential hat die Bonner Stadtregierung äußerst geschickte Verhandlungen mit dem Bund hinsichtlich Ausgleichsmaßnahmen für den Wegzug der Regierung und den vermeintlichen

negativen Folgen geführt. Bis zum Jahre 2004 erhält Bonn ca. 2,8 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt für seine Strukturentwicklung. Zum Vergleich - für den Strukturwandel in das vom massiven Abbau in der Montanindustrie und dem Bergbau betroffenen Ruhrgebiet fließt in den nächsten 10 Jahren eine Milliarde DM aus dem Bundeshaushalt. Das der Wandel in Bonn nicht reibungslos verläuft, wurde am Beispiel der ehemaligen Bürokräfte der Parlamentarier und aus den Ministerien deutlich, die nicht ohne weiteres nach Berlin umsiedeln können und aufgrund des mittelfristigen Überangebotes an Bürokräften bei der Jobsuche auf Probleme stoßen. In der Diskussion des Vortrages wurde deutlich, daß die Entscheidung für Berlin als Bundeshauptstadt zum einen eine Imagefrage war und sich zum anderen langfristig für Bonn als Glücksfall herausstellen kann.

In einem Kombireferat stellten uns Andrea Koch (Deutsches Generalkonsulat Saratow) und Christian Decker (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) die Arbeit deutscher staatlicher Organisationen in der Wolgarepublik Saratow vor. **Andrea Koch** informierte uns zunächst über **„Die Rolle des deutschen Generalkonsulats und die Situation und Perspektiven der Rußlanddeutschen“**.

Mit 11 Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes hat das Generalkonsulat (GK) im Vergleich zur Botschaft in Moskau mit 270 deutschen Mitarbeitern einen quasi familiären Charakter. Weitere GK's befinden sich in St. Petersburg und Nowosibirsk. Jedes GK ist in seinem Zuständigkeitsbereich (für Saratow die Wolgaregion mit 20. Millionen Menschen) im Prinzip eigenständig und bietet als offizielle Vertretung der Bundesrepublik Deutschland den Deutschen vor Ort das komplette Leistungsangebot einer Stadtverwaltung an (Einwohnermeldeamt, Standesamt, Wahlamt etc.) und im Konsularbereich fielen in den ersten 5 Monaten diesen Jahres schon 45.000 Sichtvermerke an, die bearbeitet werden mußten.

Darüber hinaus erstrecken sich die Aktivitäten des GK in Saratow auf :

- die Unterstützung von Städte- und Universitätspartnerschaften
- den Journalistenaustausch
- das Zusammenstellen von Wirtschafts- und Gesellschaftsdaten

Die Außenwirtschaftsabteilung fungiert als bilaterale Kontaktbörse und Ansprechpartner für russische Firmen, die einen JV-Partner suchen. Sie organisiert Delegationen und vereinbart Termine mit Behörden und Unternehmen.

Darüber hinaus engagiert sich das GK kulturell mit einzelnen Events, wie der Wolgatour einer Jazzband, vor allem aber mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, welche hauptsächlich die Sprachkurse für Rußlanddeutsche koordiniert. Womit Andrea Koch zum zweiten Teil Ihrer Ausführungen kam, der Situation der Rußlanddeutschen in Saratow. Einführend erläuterte uns Andrea Koch den geschichtlichen Hintergrund. Entstanden sind die deutschen Volksgruppen aus zwei Migrationsbewegungen. Zum einen siedelten Anfang des 18. Jhdts zunächst Deutsche Akademiker nach Rußland über, so daß Mitte des Jhdts. in St. Petersburg 40.000, in Moskau 20.000 und in Odessa 10.000 Deutschstämmige lebten. Zum zweiten erließ Katharina II., die deutschen Ursprungs war, im November 1762 den sogenannten „deutschen Ukas“. Dieser bot deutschen Bauern die Religionsfreiheit und den Erlaß des Fron- und Militärdienstes an, wenn diese sich in Rußland ansiedelten. Die Folge war eine Ansiedlung von ca. 30.000 Menschen in der Wolgaregion, die fruchtbare Böden und ein für die Landwirtschaft ausreichend gutes Klima aufweist. Schnell entwickelten sich damals eigene Dörfer, Schulen und Marktplätze. Also wenig Integration, dafür eigenständige Enklaven. Nach dem 1. Weltkrieg konnten die Deutschstämmigen ihre Eigenständigkeit ausbauen, was in der Ausrufung einer Autonomen

Republik der Wolgadeutschen im Jahre 1924 gipfelte. Zu dieser Zeit erlebte auch die deutsche Kultur an der Wolga ihre Hochzeit. Es gab eine eigene Universität, eigene Theater etc. Mit dem 2. Weltkrieg und den damit einhergehenden Progromen gegen Deutschstämmige wurde diese Entwicklung radikal gestoppt und vernichtet. Die Wolgadeutschen wurden nach Westsibirien deportiert, wo viele auch später nach der Aufhebung der Deportationsbeschlüsse geblieben sind. Es bildeten sich wieder einzelne deutsche Enklaven, die aber nie wieder eine Autonomie erreichten. Der Wunsch nach einer autonomen deutschen Wolgarepublik blieb aber weiterhin bestehen. So waren im Jahre 1980 in der UdSSR ca. 1,9 Mio. Menschen deutscher Herkunft registriert, von denen sich 90 % offen dazu bekannten. Nach der Öffnung zum Westen hin erfolgte 1991 die Unterzeichnung des „Deutsch-Russischen Freundschaftsvertrages“, der den Wolgadeutschen eine Option auf eine eigene Wolgarepublik einräumte. Dies veranlaßte die Bundesregierung, das GK in Saratow zu stationieren. Jedoch konnte die Option bisher nicht eingelöst werden und hat auch zukünftig praktisch keine Chance einer Realisierung. Als Ersatz konnten sich eigene deutsche Rayone im Wolgagebiet etablieren. Diese konnten aber die einsetzende starke Migrationsbewegung nach Deutschland nicht verhindern. So daß die Bundesregierung per Gesetz die Zahl der aus allen MOE-Ländern Osteuropa einreisenden Personen auf 225.000 p.A. begrenzte. Effektiv waren es 1997/1998 ca. 150 Tsd. Personen. Zur Verlagerung des Wohnsitzes nach Deutschland wurden 1998 beim GK in Saratow 6.000 Visa an die sogenannten Spätaussiedler ausgegeben. Voraussetzung für die Übersiedlung ist das Bestehen eines Sprachtestes und ein Nachweis, daß zum Zeitpunkt der Antragstellung kein Gerichtsverfahren oder polizeilicher Suchbefehl gegen die Antragsperson anhängig ist. Sonstige Selektionsmechanismen, bestimmte Berufsgruppen oder ähnliches, werden nicht angewandt. Die Bearbeitung der Anträge erfolgt durch das Bundesverwaltungsamt und das Auswärtiges Amt. Aktuell werden pro Tag 50 bis 60 Visaanträge gestellt, somit hat sich seit dem Beginn der Krise im August 1998 die Zahl der Anträge verdoppelt. Neben der Möglichkeit nach Deutschland überzusiedeln, werden für Rußlanddeutsche vor Ort Maßnahmen im Bildungsbereich durchgeführt. Das GK fördert junge Rußlanddeutsche aus ländlichen Gebieten auf der Ebene der Mittelschule durch Internatsaufenthalte oder einen Transportservice und ermöglicht durch finanzielle Unterstützung Studenten die Ausbildung an der Universität in Saratow. Insgesamt stehen dem GK nur 65000 DM p.A. für diese Maßnahmen zur Verfügung.

Vor allem aufgrund der Krise ist der Wunsch der Rußlanddeutschen nach Deutschland auszuwandern, erneut verstärkt worden (s.o.). Ohne eine Wertung vornehmen zu wollen, sind es vorwiegend wirtschaftliche Gründe und weniger kulturelle oder gesellschaftliche Gründe, die die Rußlanddeutschen zu diesem Schritt bewegen. Aus ihrer alltäglichen Arbeit wußte Andrea Koch über häufige verwaltungstechnische Hindernisse zu berichten, wenn Probleme in Rußland mit den Hilfsmitteln, die durch die deutsche Rahmgebung festgelegt, gelöst werden sollen. Dies erfordert Findigkeit und Flexibilität, um nicht zwischen den beiden Systemen aufgerieben zu werden.

Auf Nachfrage bestätigte Andrea Koch, daß das GK in absehbarer Zeit nach Samara verlegt wird. Der Anlaß nach Saratow zu gehen ist weggefallen (s.o.) und Samara hat den Vorteil, daß dort mehr bilaterale Beziehungen existieren, es sich als der wirtschaftliche Schwerpunkt der Wolgaregion etabliert hat sowie zahlreiche Vertretungen anderer Länder aufweist. Andrea Koch sah diesem Schritt mit einem lachenden und einem weinenden Auge entgegen. Einerseits läßt sich aus den zuvor genannten Gründen in Samara vielschichtiger arbeiten, andererseits sind die Wege innerhalb von Saratow aufgrund des eher provinziellen Charakters kürzer. Zudem hat Saratow ein unnachahmliches Flair, wie wir selbst erleben konnten.

Christian Decker ergänzte die Ausführungen von Andrea Koch, indem er über „**Die Aufgaben der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) im Oblast Saratow**“ referierte. Die

GTZ mbH ist Anfang 1975 durch die Verschmelzung von zwei anderen Bundesinstitutionen des entwicklungspolitischen Sektors entstanden. Sie stellt die Umsetzungsebene des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) dar. Demzufolge kommen 90 % ihrer Aufträge vom BMZ, der Rest wird von anderen Ministerien und Dritten erteilt. Die GTZ hat 1.500 Mitarbeiter im Außendienst und 1.300 im Innendienst.

Die Verträge der GTZ sind ausschließlich projektbezogen, so daß zum Beispiel jahrelang die Aktivitäten in Kaliningrad, Moskau, Novosibirsk und Saratow nebeneinander herliefen. Erst jetzt erfolgt eine Koordination der eigenen Projekte in Rußland, so daß eine Effizienzsteigerung zu erwarten ist. Der Gesamtmitteleinsatz aus Deutschland an Zuschüssen und in Förderprogrammen beläuft sich auf ca. 1 Mrd. DM p.A. für alle GUS-Staaten. Vor Ort in Saratow stehen der GTZ pro Anno 4 Mio. DM zur Verfügung. Allein 1.3 Mio. DM davon fließen in kulturelle und bildungspolitische Maßnahmen. So laufen zu Zeit noch 355 Sprachkurse und der Betrieb von 110 Begegnungstätten. Die finanztechnische Abwicklung läuft über die Entwicklungsgesellschaft Wolga, an der sich auch der Fond „Rußlanddeutsche“ beteiligt. Dieser Fond wiederum hat seinen Aktionsschwerpunkt in Westsibirien, wo ebenfalls Förderprogramme für Rußlanddeutsche laufen. Die Aufgaben von Christian Decker erstrecken sich auf die Unterstützung von Berufsschulen, die Förderung der Landwirtschaft und die Entwicklung von Siedlungsschwerpunkten für Rußlanddeutsche. Ziel dieser Maßnahmen ist es, den Rußlanddeutschen in Saratow Entwicklungschancen für den Aufbau einer eigener Existenz bzw. entsprechender Lebensbedingungen zu bieten. Die landwirtschaftlichen Projekte zur Schaffung eigenständiger Betriebe laufen zur Zeit aus, da die mittel- und langfristigen Ergebnisse dieser Initiative durch die weiterhin bestehende Migration in Frage gestellt werden und scheinbar in vielen Fällen die Motivationsbereitschaft sowie das Durchhaltevermögen, die eine Existenzgründung erfordert, von den Betroffenen nicht ausreicht. Im Zuge derartiger Projekte wurde bis zu 500.000 DM Beihilfe pro Betrieb für Investitionen und Betriebsmittel ausgezahlt.

Zur finanziellen Unterstützung für die Schaffung von Wohnraum für Rußlanddeutsche wurden bis 1996 Zuschüsse ausgezahlt. Seit 1996 erfolgte eine Änderung der Förderpolitik. Heute werden in Saratow ausschließlich Darlehen gewährt, die heute eine Höhe von max. 3 - 4.000 DM betragen dürfen (vor dem August 1998 max. 10.000 DM). Die Laufzeit schwankt zwischen 10 und 15 Jahren. In Westsibirien wird das Prinzip des Mietkaufes angewandt. Die Zahlungsmoral der Darlehensnehmer war, laut GTZ-Statistik, bis zum August 1998 sehr gut (5% Ausfälle). Danach stiegen diese auf bis zu 25 %. In diesen Fällen erfolgte in der Regel eine Umschuldung, sprich Verlängerungen der Laufzeiten, um den „Kunden“ Spielraum zum Wirtschaften zu lassen. In der Diskussion konnte Christian Decker die Zweifel der Fragesteller an der Vorgehensweise (Gießkannenprinzip und fehlender Zusammenhang zwischen Leistung, Ertrag sowie der Eigenverantwortung der neuen Unternehmer) der deutschen Bundesregierung bei der Förderung der Rußlanddeutschen in Saratow nicht ausräumen.

Am Sonntagmorgen skizzierte **Bulat Babikov den „Autohandel in Rußland-Schwierigkeiten und Prognosen**“. Vor der Marktöffnung existierten in Rußland 6 Großbetriebe, die PKW herstellten, darunter AvtoVAZ, Kamaz und GAZ. Bei Selbstkosten von ca. 1.500 RUR wurden die PKW's zu Preisen von rund 8.000 RUR verkauft. Das größte Problem im Leben eines russischen Automobilisten zu dieser Zeit war die Ersatzteilversorgung. Laut Bulat Babikov waren nur 5 % der

hergestellten Ersatzteile voll funktionsfähig. Die restliche 95 % waren mehr oder minder mit Fehlern behaftet. Hinzu kam ein schlechter Service durch die Werkstätten. Unter diesen Bedingungen hatten die ausländischen Automobilhersteller gute Voraussetzungen für ihren Eintritt in den russischen Markt. Demzufolge setzte seit 1989-1992 ein großer Anstrom ausländischer Autos auf dem russischen Markt ein. Durch die Einführung von hohen Zöllen auf importierte Autos (60% des eigentlichen Kaufpreises) wurde diese Entwicklung verlangsamt, konnte aber insgesamt nicht aufgehalten werden. Seit 1994 unterhalten ausländische Automobilhersteller Repräsentanzen in Rußland. Bis zum August entwickelte sich der Markt langsam aber stetig. Danach kam es aus den allseits bekannten Gründen zu einem massiven Einbruch. Die Perspektiven für die Zukunft ausländischer PKW-Hersteller auf dem russischen Markt sieht Bulat Babikov in der Produktion ausländischer Modelle in Rußland (z.B. BMW in Kaliningrad) oder in der Lizenzfertigung von ausländischen Modellen in bereits bestehenden russischen Werken (z.B. Fiat in Nizhnij Novgorod). Darüber hinaus sollten nach der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in Rußland Elemente der Absatzfinanzierung, Leasing bzw. Autokredite für Endabnehmer, in Rußland etabliert werden. Auf die Situation bei Mercedes-Benz angesprochen, stellte Bulat Babikov dar, daß der russische Markt für Mercedes-Benz zuerst nur als Testmarkt galt, mittlerweile aber eine feste, wenn auch im internen Konzernvergleich kleine Rolle spielt. Im Jahre 1998 wurden in Rußland 1.100 PKW's dieser Automarke abgesetzt. Zum überwiegenden Teil waren dies Fabrikate der S-Klasse, 2% davon gepanzerte Fahrzeuge. Während die kleineren Modelle seit der Mitte letzten Jahres rückläufige Absatzzahlen aufweisen, zeigten sich beim Absatz der S-Klasse keine Defizite. Dies belegt eindrucksvoll, daß die Krise für einen bestimmten Kundenkreis keine Einschränkungen in der Lebensqualität mit sich brachte. Die Absatzrückgänge bei den sonstigen Fabrikaten kompensiert Mercedes-Benz Rußland mit der Reduktion des Personals im Verkauf. Ein weiteres Problem ist die Einfuhr von gestohlenen PKW's nach Rußland und die Wartung dieser Fahrzeuge in Vertragswerkstätten. Hier mußte Bulat Babikov eingestehen, daß Mercedes-Benz bisher kein sicheres System aufbauen konnte, um solche Fälle zu verhindern, da diese Fahrzeuge mit scheinbar echten Papieren versehen sind.

„Die Situation auf dem russischen Zeitschriftenmarkt“ schilderte **Michael von Schlippe**, Gruner & Jahr ZAO Moskau, anhand des Beispiels von GEO-Rußland. Ähnlich wie bei den anderen Medien ist im Hintergrund ein Machtkampf der „Oligarchen“ um den Zeitschriftenmarkt entbrannt, mit dem Ziel seine eigene Einflusssphären zu sichern bzw. auszubauen. Ein Beispiel hierfür ist Herr Lushkow, der maßgeblich an den TV-Sendern ORT und RTI beteiligt ist und auf diesem Wege ca. 90 % der Haushalte erreicht sowie 10 % der Anteile der Moscow Times sein „Eigen“ nennt. Gruner & Jahr sieht die Plazierung der Zeitschrift GEO auf dem russischen Markt als strategische Marktpräsenz, um diesen durch stetigen, direkten Kontakt im Auge behalten und bei Änderungen schnell reagieren zu können. Da GEO ein Hochglanz-Reisemagazin ist, hat der Absatz natürlich unter der andauernden Krise gelitten. So gingen die Verkaufszahlen von 800.000 auf 350.000 Stück zurück. Im Gegensatz dazu haben Wirtschaftsmagazine deutlich weniger gelitten. Diese werden gezielt von Sponsoren gestützt und sind natürlich in der jetzigen Situation von besonderem Interesse. Gedruckt wird GEO in Deutschland, da bei der Drucklegung in Rußland folgende Probleme auftauchen: unpünktliche Lieferung, unzureichende Druckqualität und der illegale Vorabverkauf durch Druckereimitarbeiter. Die Inhalte der Zeitschrift werden teilweise aus der deutschen Ausgabe 1 zu 1 adaptiert, teilweise werden die Artikel dem russischen Markt angepasst, oder auch eigene Reportagen erstellt. Auf der Absatzseite herrscht das Problem, das es keine festen Verkaufspreise wie in Westeuropa gibt (Kommissionsverträge).

Jeder Händler kann den Verkaufspreis frei festlegen, dementsprechend wird auch kein Preis auf die Titelseite gedruckt. Zur Zeit wird ein GEO-Exemplar für 35 RUR an den Händler abgegeben. Dieser erzielt einen Verkaufspreis von ca. 52 RUR. Resümierend konnte Michael von Schlippe feststellen, daß die Situation gerade für ein Produkt wie GEO wirtschaftlich nicht einfach ist, daß gleichzeitig eine solche Zeitschrift nicht die Interessen der „Oligarchen“ weckt, und sich dadurch auf dem russischen Markt auch in der jetzigen Situation Erfahrungen für den eine spätere Vermarktung anderen Titel sammeln lassen.

Die anschließenden Ausführungen von **Anne Gellinek**, ZDF-Korrespondentin Moskau, gaben einen Einblick in die schon erwähnten oligarchischen Strukturen in Rußland am Beispiel von „**Boris Berezovskij - Der Mann, der in der russischen Föderation die Fäden zieht?**“. Charakteristisch für die Aktivitäten dieser Oligarchen ist es, daß sie im Hintergrund die Fäden ziehen und diese Aktivitäten kaum an die Öffentlichkeit gelangen. Dementsprechend sind alle dargestellten Zusammenhänge in Bezug auf diese Personen Vermutungen, die in der Regel nicht belegbar sind, auch wenn die Wahrscheinlichkeit, daß sie dem wahren Sachverhalt entsprechen, noch so groß ist. Dies gilt auch für die nun folgenden Ausführungen von Anne Gellinek.

Die Fakten über Boris Abramowitsch Berezovskij lauten: -geboren im Jahre 1943 in Moskau, -Doktor der Mathematik, -habilitiert und -hoch intelligent.

Nach einer Tätigkeit als EDV-Beauftragter bei AvtoVAZ in Togliatti, wurde Berezovskij Autohändler. Mit dem Re-Import von Zhiguli-Fahrzeugen soll er 1992 ca. 200 Mio. RUR Gewinn erwirtschaftet haben. Danach engagierte er sich in Banken, im Öl-Sektor und bei der Aeroflot. Diese Engagement läuft unter dem Motto aktiv kaufen und dann an einen Kreis von „engen Freunden“ weitergeben, so daß Berezovskij formal nicht mehr in Erscheinung tritt. Dementsprechend hat Berezovskij fast überall „seine Leute“ sitzen. Sein derzeitiges Vermögen wird auf 3 Mrd. US-\$ geschätzt. Auf politischer Ebene wird Berezovskij ein enger Kontakt zur Familie Jelzin nachgesagt, den er in seiner Zeit als Tschetschenien-Beauftragter aufgebaut hat. Seine Einstellung ist pro Jelzin und contra Tschubais, Nemtsov und Primakov. Anne Gellinek nannte einige politische Intrigen, bei denen Berezovskij seine Finger im Spiel gehabt haben soll, was ihm natürlich nie nachgewiesen werden konnte. Zum Beispiel die Entfernung von Generalstaatsanwalt Skluratow oder die Absetzung Primakows. Anne Gellinek skizzierte Berezovskij als ein charismatisches Schlitzohr, das Sympathien aufgrund seiner Findigkeit weckt, aber vom Volk gehaßt wird. Da Berezovskij immer im Hintergrund bleibt, war es auch für sie schwierig, ein halbwegs zuverlässiges Portrait zu erstellen. In der Diskussion kamen sehr schnell die Fragen auf: was bedeutet diese Machtfülle einzelner Personen (Oligarchen) für die Zukunft Rußlands, wie kann die Macht breiter verteilt werden, wie können gefestigte demokratische Strukturen in Rußland entstehen? Ein Weg wurde in der stärkeren Bedeutung der Regionen in Rußland gesehen, um auf diesem Wege die zentralistische Machtanhäufung in Moskau zu verringern und in kleineren überschaubaren Strukturen mit den ersten Schritten zu beginnen, da hier naturgemäß eher ein Erfolg erzielt werden kann.